

V0596/21

**Änderung der Stadtbezirkssatzung: Erhöhung der Aufwandsentschädigung für BZA-Vorsitzende, stv. Vorsitzende und Schriftführer**

**Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht vom 28.07.2021**

Stadtrat Grob verweist auf den kürzlich gestellten Antrag der CSU-Stadtratsfraktion. Die CSU-Stadtratsfraktion beantrage eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung der Bezirksausschussvorsitzenden auf 460,00 Euro. Die stellvertretenden Bezirksausschussvorsitzenden sowie die Schriftführer sollten mit 160 Euro eine prozentual angepasste Aufwandsentschädigung erhalten. Dies entspreche einer Verdoppelung der bisherigen Aufwandsentschädigungen. Als Begründung macht Stadtrat Grob auf das zunehmende Aufgabenportfolio der Bezirksausschüsse aufmerksam und betont, dass die Bezirksausschüsse das einzig institutionelle Gremium der Bürgerbeteiligung seien.

Nach Durchsicht der Verwaltungsvorlage sehe die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen nochmals Diskussionsbedarf, teilt Stadträtin Leininger mit. Grundsätzlich befürworte sie eine moderate Anhebung der Aufwandsentschädigungen. Sie tue sich jedoch etwas schwer, ein geeignetes Parameter zu finden. Schließlich sei es letztendlich ein Ehrenamt. Sie vertritt die Meinung, dass das Arbeitspensum zwischen den einzelnen Bezirksausschüssen sehr unterschiedlich ausfalle. Um dieser Spanne gerecht zu werden, schlägt sie vor, die Vorsitzenden, Stellvertreter und Schriftführer mit einer Aufwandsentschädigung pro Sitzung zu belegen. Weiter setzt sich Stadträtin Leininger für eine Erhöhung der Sitzungsgelder für einfache Bezirksausschussmitglieder ein. Sollte es zu einer Anhebung kommen, dann für alle Beteiligten, appelliert sie.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf sagt, er sei über die Forderungen seiner beiden Vorredner überrascht. Immerhin habe man das Thema bereits vor Monaten diskutiert. Er ist der Meinung, dass unter diesen Bedingungen eine heutige Abstimmung keinen Sinn mache und schlägt deshalb vor, das Thema zurück in die Fraktionen zu verweisen.

Die Stadtratsgruppe DIE LINKE unterstütze eine Honorierung der Arbeit in den Bezirksausschüssen, gibt Stadträtin Bulling-Schröter bekannt. Den Vorschlag von Stadtrat Grob, die Aufwandsentschädigungen zu verdoppeln, halte sie jedoch für unangemessen. Sie frage sich, weshalb man in den letzten sieben Jahren keine Erhöhung diskutiert habe. Vor diesem Hintergrund und den aktuellen Problemen des Konsolidierungsrates halte die Stadtratsgruppe DIE LINKE eine Erhöhung der Aufwandsentschädigungen im Rahmen des Inflationsausgleiches für geeignet. Weiter schließt sich Stadträtin Bulling-Schröter der Meinung von Stadträtin Leininger an, dass im Falle einer Anhebung auch normale Bezirksausschussmitglieder von einer Erhöhung profitieren sollten.

Stadtrat Werner sagt, er habe sich auch schon gefragt, weshalb das Thema im Konsolidierungsrat behandelt werde. Schließlich handle es sich hier um Mehrausgaben. Er sehe die Vorlage der Verwaltung als einen angemessenen und wertschätzenden Kompromiss. Für den Vorschlag von Stadträtin Leininger, die 35,00 Euro Sitzungsgeld der Bezirksausschussmitglieder zu erhöhen, könne er ebenfalls viel Sympathie empfinden. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und der Einnahmeseite, was die Gewerbesteuern und andere Steuern betreffe, könne Stadtrat Werner einer Verdoppelung der Aufwandsentschädigung nicht zustimmen. Auch die genannte Dynamisierung in der Beschlussvorlage sollte man nochmals überdenken und in künftigen Jahren genauer

untersuchen, wie hoch die Belastung in den BZAs wirklich sei. Die SPD-Stadtratsfraktion werde sich niemals gegen eine angemessene Vergütung sperren, betont er. Gegenüber einer Anpassung des Sitzungsgeldes zeige sich die SPD-Stadtratsfraktion offen. Letztendlich müsse man das Thema nochmals in den Fraktionen beraten, führt er aus.

Stadträtin Klein unterstützt den Redebeitrag von Stadtrat Grob. Auch bei allem Konsolidierungswillen sollte die deutlich gestiegene Arbeit der BZAs entsprechend honoriert werden. Eine Verdoppelung der Aufwandsentschädigungen biete sich in ihren Augen nicht nur als Anerkennung an, sondern auch als eine gewisse Gegenleistung für den Aufwand, den die Bezirksausschussmitglieder zeigten. Sie stelle immer wieder fest, dass in den BZAs bestimmte Themen abgefangen werden, welche die Stadträte über den offiziellen Weg erst gar nicht erreichten, da diese durch die BZAs im direkten Dialog mit dem Bürger gelöst würde. Weiter macht sie darauf aufmerksam, dass die Aufwandsentschädigung der Stadträte deutlich höher sei. Stadträtin Klein sagt, sie sehe die Tätigkeit eines Bezirksausschusses als verkleinerte Einheit eines Stadtrates. Deshalb lege sie hier einen ähnlichen Maßstab an. Es stehe den Stadträten nicht gut zu Gesicht, die Leistungen nicht ausreichend zu honorieren. In den BZAs fände nicht nur Sitzungen statt, die geleitet werden müssten, sondern auch zahlreiche Gespräche und Ortstermine. Stadträtin Klein glaube, dies sei ein Arbeitsaufwand, den vielleicht sogar manche Stadträte nicht haben.

Ein Vergleich mit den Stadträten sei unangebracht, kritisiert Stadtrat Werner. Er sei regelmäßig in Sitzungen der Bezirksausschüsse und wisse, was dort geleistet werde.

Der Antrag wird zurück in die Fraktionen verwiesen.